

Das Ende der M23-Rebellion im Ostkongo aus geschlechterpolitischer Perspektive

SILKE OLDENBURG

Die Rebellengruppe der Bewegung des 23. März (M23) wurde im November 2013 nach 19-monatigem bewaffnetem Kampf von der kongolesischen Regierungsarmee Forces Armées de la République du Congo (FARDC) im Ostkongo entlang der ruandischen und ugandischen Grenze militärisch geschlagen. Doch mit dem (vorläufigen) Ende der M23 lösen sich nicht die strukturellen Probleme der Region. Unter diesen sind strategische Vergewaltigungen besonders weit verbreitet und verleihen der Demokratischen Republik Kongo den Ruf „rape capital of the world“ und „worst place on earth to be a woman“ zu sein (Human Rights Watch 2009, 14).

Die internationale Aufmerksamkeit, die sich in einer Vielzahl an Berichten, Dokumentationen und Besuchen von Hollywood-Stars niederschlägt, konzentriert sich auf Formen sexueller Gewalt im Ostkongo. Dieser Blickwinkel vereinfacht einerseits das komplexe Konfliktgeschehen, ermöglicht aber andererseits konkrete Aktionen zu identifizieren, die internationale Organisationen umsetzen können. Bedingt durch schwache staatliche Institutionen, übernehmen internationale Organisationen deren Funktionen. So wird beispielsweise die Gesundheitsversorgung vornehmlich aus Gebermitteln finanziert. Dies hat zu einigen infrastrukturellen Verbesserungen geführt. Im Ostkongo öffneten zwei große Krankenhäuser, die auf die Behandlung von Vergewaltigungsopfern spezialisiert sind. Dieses Engagement wurde im September 2013 geehrt und Dr. Mukwege vom Panzi-Krankenhaus in Bukavu mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

Gleichzeitig blendet der exklusive Fokus komplexe Konfliktstrukturen aus und führt zu einer Hierarchisierung von Opferkategorien. Zudem werden negative Dynamiken verstärkt, die eigentlich gelöst werden sollten: Eine provokante These sieht in der Prominenz von Vergewaltigungen ein attraktives Mittel für bewaffnete Gruppen, sich selbst und die eigenen Forderungen über sexuelle Gewalt zu kommunizieren (Baaz/Stern 2010).

Die Rebellion der M23 verstärkte die Instabilität in der seit Jahrzehnten durch Kriege geprägten Kivuregion, wobei auch die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt anstieg. Aus der Perspektive der lokalen Bevölkerung werden Vergewaltigungen als „unkongolesisch“ und als „importiert“ betrachtet (Oldenburg 2014, i.E.). Dies addiert Fragen von Zugehörigkeit zum Konfliktgefüge, die entscheidend für die Wahrnehmung der verschiedenen Milizen durch die lokale Bevölkerung ist. So wurden die Rebellen der M23 wie ihre Vorgängermilizen als ruandische Marionetten wahrgenommen.

Die M23 – eine recycelte Rebellenarmee

Die M23 galt als straff organisierte politisch-militärische Bewegung, die im Gegensatz zu vielen anderen Milizen im Ostkongo als effektiv und diszipliniert auftrat. Auch internationale BeobachterInnen verbanden mit ihrer disziplinierten Erscheinung und ihren politischen Ansprüchen Hoffnung und verstanden sie als Gegenpol zur unkoordinierten, korrupten Regierungsarmee. Die M23 wird lokal als eine „recycelte“ Rebellenarmee verstanden, da viele ihre FührerInnen bereits in Vorgängermilizen wie der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) und der Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) (beide Gruppen waren während des Ersten und Zweiten Kongo-Krieges zentrale Akteure) sowie dem Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP) unter Laurent Nkunda kämpften. Gemeinsam ist ihnen, dass sie hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) der ethnischen Gruppe der Tutsi angehören. Die emische Sicht des „Recyclings“ geht auf die Eingliederung von antagonistischen bewaffneten Gruppen in die Regierungsarmee (FARDC) zurück. Diese „Vermischung“ (französisch *brassage*) galt lange als Allheilmittel im Prozess der Demobilisierung besiegter Rebellenarmeen. In diesem Sinne ist die FARDC, die schwerster Menschenrechtsverbrechen beschuldigt wird, eine Gruppe sich vorher bekämpfender Truppen, die heute maßgeblich zum Klima von Unsicherheit und Straflosigkeit beiträgt. Die institutionelle Schwäche der FARDC beruht auf intransparenten Kommandostrukturen, ineffizienter Logistik und unregelmäßigem Sold, fehlenden Vorräten sowie nicht zuletzt fehlender öffentlicher Anerkennung, die SoldatenInnen davon abhält, ihre Leben an der Front zu riskieren (Baaz/Verweijen 2013).

Die letzte *brassage* fand nach der Verhaftung des CNDP-Führers Laurent Nkunda 2009 statt. Anfang 2012 verkündete der kongolesische Präsident Kabila Militärreformen sowie die Auslieferung Bosco Ntangadas, der wegen Einsatz von Kindersoldaten und massiver Vergewaltigungen vom internationalen Strafgerichtshof gesucht wurde. Dies, sowie die schlechten Lebensbedingungen in der kongolesischen Armee, führte dazu, dass viele ehemalige Mitglieder der CNDP im April 2012 aus der Armee desertierten. Bezug nehmend auf den Friedensvertrag zwischen CNDP und Regierung vom 23. März 2009, den sie als gebrochen ansahen, nannten sie sich Bewegung 23. März (Stearns 2012). Innerhalb weniger Monate und mit substantieller Unterstützung Ruandas, nahm die den FARDC militärisch überlegene M23 einen wesentlichen Teil Nordkivus ein.¹ Im November 2012 gelang ihr, was noch der Vorgängermiliz verwehrt blieb: Sie besetzten vor den Augen der weltweit größten UN-Mission die wichtige Grenzstadt Goma und zwangen hierdurch die kongolesische Regierung an den Verhandlungstisch. Die Empörung über die Nicht-Intervention der Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo (MONUSCO) in internationalen Medien und in Goma selbst führte zu einer Erweiterung ihrer Mission. Mit der UN-Resolution 2098 vom 28. März 2013 wurde eine mit offensivem Mandat versehene Truppe unter afrikanischer Führung

zur Unterstützung der Regierungsarmee entsandt. Dieses robuste Mandat soll die sogenannten Interventionsbrigaden befähigen, alle bewaffneten Gruppen Ostkongos zu „neutralisieren“. Ironisch scheint die Tatsache, dass die Interventionsbrigade mit eben jenen Truppen kooperiert, die beim Vorrücken der M23 auf Goma unkoordiniert flohen und dabei massive Vergewaltigungen und Plünderungen vollzogen. Die UN dokumentierte 126 Vergewaltigungen in wenigen Tagen (MONUSCO 2013).

Das Dilemma sexualisierter Gewalt im Ostkongo

Autesserre weist auf ein Missverhältnis in der UN-Strategie für sexuelle Gewalt hin: 72% der Gelder werden in die Behandlungen von Vergewaltigungsopfern investiert, wohingegen nur 27 Prozent in präventive Maßnahmen und nur 0,4 Prozent in die Datenerhebung gesteckt werden (Autesserre 2012). Auch wenn Behandlungen und psychosoziale Versorgung von Opfern sexueller Gewalt zwingend erforderlich sind, wird der Grundsatz, dass Vorsorge besser ist als Nachsorge, erstaunlich wenig berücksichtigt. Die ausschließliche Fokussierung auf Vergewaltigungen als systematischer Kriegswaffe ist riskant, da sie Kriegsursachen, aber auch andere Konsequenzen von Gewalt vernachlässigt. Ferner hat die enge Zuweisung von Geldern in diesem Bereich zu einem Aneignungsprozess geführt, der Frauen behaupten lässt, vergewaltigt worden zu sein, um einen Anspruch auf Gesundheitsleistungen geltend machen zu können. Die Inszenierung als Opfer ist oft die letzte Ressource, die den Frauen und Männern bleibt, um sich Zugang zu Geldern und Maßnahmen zu öffnen. Diese Form der Handlungsfähigkeit ist eine unbeabsichtigte Konsequenz, die mit der Allgegenwart von sexueller Gewalt einhergeht. Neben den Konsequenzen von sexueller Gewalt gehen Kriegsursachen wie Landkonflikt, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit, schwache staatliche Strukturen und patriarchale Geschlechterverhältnisse auf Geberagenden unter, sind aber im Alltag sehr präsent. Dies wirkt sich auf Geschlechterbilder aus, die durch humanitäre Interventionen gestärkt werden. Zum Beispiel werden mit Soldaten Workshops organisiert, in denen diese sensibilisiert und militarisierte Männlichkeitsbilder rekonstruiert werden sollen. Als Ideal gilt der männliche Soldat, der die Zivilbevölkerung, hier vor allem Frauen und Kinder, beschützt. Dieses Bild reproduziert Geschlechterstereotype und ungleiche Machtbeziehungen, in denen Frauen mit Kindern in ihrer Schutzbedürftigkeit gleichgesetzt und als vom Mann abhängig erscheinen.

Geschlechterfragen bieten auch eine Nische für Aktivismus. Menschenrechtsgruppen betreiben Lobbyarbeit, die zur Verhaftung und Bestrafung von Tätern führen soll. Auch sozioökonomische Integrationsprogramme sind zentral. Sie sollen Frauen zum Erwerb eines eigenen Einkommens und zu mehr Unabhängigkeit verhelfen. Feministische Ansätze fördern die Ermächtigung von Frauen, um die Kontrolle über ihren Körper zurückzugewinnen. In internationalen Kampagnen wie „Stop Raping our Greatest Resource“ (V-Day/Unicef) bezeichnet die Aktivistin und Autorin der „Vagina-Monologe“, Eve Ensler, die Vergewaltigungen an kongolesischen Frauen

als „Femizid“, als bewusstes Auslöschen des weiblichen Geschlechts (Viner 2011). Frauen gelten hier als Opfer einer dysfunktionalen männlich dominierten Kultur. Im hiermit verbundenen Projekt „City of Joy“ in Bukavu werden vergewaltigte Frauen in einem Zeitraum von sechs Monaten über ihre Rechte aufgeklärt und sensibilisiert, um sich in ihren Gemeinden für einen positiven Wandel einzusetzen.

Oft scheint es jedoch, dass westliche Vorstellungen von Ermächtigung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Frauen kollidieren: Viele Frauen wollen einfach nur nach Hause. Sie wollen weder als Opfer erkannt werden, noch legen sie Wert darauf, als Opfer anerkannt zu sein. Mit dem „Opfer“-Label geht eine gesellschaftliche Stigmatisierung einher. Es ist nicht selten, dass Frauen von ihren Männern, Töchter von ihren Eltern verjagt werden. So wirkt sich sexuelle Gewalt nachhaltig auf das soziale Gefüge aus, denn nicht nur die Betroffenen selbst, auch ihre Familien und sozialen Zusammenhänge sind getroffen. Ängste äußern sich in Diskursen um Scham, Reinheit und Hexerei oder in sozioökonomischer Form, zum Beispiel im Verlust vom Brautpreis, da Töchter kaum mehr in eine respektierte Ehe gegeben werden können. Ferner führt diese eindimensionale Unterstützung von Frauen zum Paradox, dass sie erst durch eine Vergewaltigung privilegiert werden, was im Umkehrschluss weitreichende Stigmatisierungen nach sich ziehen kann.

Das Ende der M23 löst nicht die strukturellen Probleme der Region

Nach zähen Friedensgesprächen und der militärischen Niederlage der M23 kam es Anfang Dezember 2013 zur Unterzeichnung von Nairobi. Anfang Januar 2014 äußerte die UN-Mission Bedenken über eine mögliche Reorganisation der M23. Sie warnte Ruanda und Uganda, dass Rebellen, die sich in ihr Territorium geflüchtet haben, dort keinesfalls trainieren dürfen, sondern dass ihre Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration vorangetrieben werden soll. Gleichzeitig wird auf eine Reform von Armee und Polizei gedrängt. Das vorläufige Ende der M23 wurde in Goma von vielen gefeiert. Zahlreiche Herausforderungen bleiben bestehen: Neben der Vielzahl an bewaffneten Gruppen, die in den Kivuprovinzen operieren, ist die Regierungsarmee für massive Menschenrechtsverbrechen verantwortlich. Das Hauptproblem der militärischen Integration liegt in ihren Anreizstrukturen (Baaz/Verweijen 2013). Rebellion wird belohnt statt bestraft. Nach Friedensschluss und Integration in die nationale Armee ergeben sich finanzielle Vorteile, hohe Ränge, gute Posten, Strafflosigkeit und lukrative Arbeitsbedingungen.

Die verheerende sexuelle Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo wird seit einigen Jahren international sehr stark wahrgenommen. Dies hat abschließend ambivalente Auswirkungen. Die Präsenz humanitärer Akteure verändert nicht nur ökonomische Gegebenheiten an sich, sondern produziert auch idealtypische Bilder und Erwartungen an Geschlecht und Geschlechterbeziehungen. Die Förderung von Frauen, vor allem die Spezialisierung auf weibliche Opfer sexualisierter Gewalt resultiert in weniger Maßnahmen für andere Bereiche, schürt geschlechterspe-

zifische Rivalitäten, blendet die Vielfalt an (Geschlechter-)Identitäten aus, lindert eine von vielen Auswirkungen des Kriegs anstatt Ursachen zu suchen und effektiv zu bekämpfen.

Anmerkung

- 1 Berichte der UN-Expertengruppe und Human Rights Watch (2013) wiesen die Unterstützung der M23 durch Ruanda nach. Auch wenn Ruanda diese Anschuldigungen vehement abstrikt, stellten viele Länder zeitweilig ihre finanziellen, militärischen und technischen Hilfeleistungen ein.

Literatur

Autesserre, Séverine, 2012: Dangerous Tales: Dominant Narratives on the Congo and their Unintended Consequences. In: African Affairs. 111 (442), 1-21.

Baaz, Maria/**Stern**, Maria, 2010: The Complexity of Violence: A Critical Analysis of Sexual Violence in the Democratic Republic of Congo, DRC. Working Paper on Gender Based Violence. Nordic Africa Institute.

Baaz, Maria/**Verweijen**, Judith, 2013: Between Integration and Disintegration: The Erratic Trajectory of the Congolese Army. SSRC: Conflict Prevention and Peace Forum.

Human Rights Watch, 2009: Soldiers Who Rape, Commanders Who Condone. Sexual Violence and Military Reform in the Democratic Republic of Congo. New York.

Human Rights Watch, 2013: DR Congo: M23 Rebels Kill, Rape Civilians. New Evidence of Rwandan Support for M23, 11.7.2013. Internet: <http://www.hrw.org/news/2013/07/22/dr-congo-m23-rebels-kill-rape-civilians> (15.1.2014).

MONUSCO, 2013: Report of the United Nations Joint Human Rights Office on Human Rights Violations Perpetrated by Soldiers of the Congolese Armed Forces and Combatants of the M23 in Goma and Sake, North Kivu. Mai 2013. Internet: http://www.ohchr.org/Documents/Countries/ZR/UNJHROMay2013_en.pdf (15.1.2014).

Oldenburg, Silke, 2014: A Goma On Sait Jamais: Jugend, Krieg und Alltag im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Berlin (i.E.).

Stearns, Jason, 2012: From CNDP to M23. The Evolution of an Armed Movement in Eastern Congo. London.

Viner, Katharine, 2011: City of Joy. New Hope for Congo's Brutalized Women. Internet: <http://www.theguardian.com/world/2011/apr/09/city-of-joy-congo-women-rape> (9.4.2011).

